

Sachsen: AfD fordert harte Abschiebungen für 1.421 Intensiv-Täter!

In Sachsen sind nur 277 von 1.421 ausländischen Intensivtätern in Haft. AfD fordert effektivere Abschiebungen.

Dresden, Deutschland - Schockierende Zahlen aus Sachsen: Die Kriminalität durch ausländische Intensivtäter steht in den Schlagzeilen! Aktuelle Berichte enthüllen, dass derzeit 1.421 ausländische Intensivtäter in Sachsen leben – ein niederschmetternder Fakt, der viele aufhorchen lässt. Die AfD zeigt sich entrüstet und fordert nun entschieden schärfere Maßnahmen. Vor allem wird der sächsischen CDU-Regierung Versagen in Sachen Abschiebungen vorgeworfen. Denn von diesen Straftätern sitzen gerade einmal 277 hinter Gittern. Eine erbärmliche Zahl, wenn man bedenkt, dass insgesamt 1.302 Straftaten allein zwischen Juli und September verübt wurden!

Die größten Gruppen dieser Intensivtäter stammen aus Syrien, Tunesien und Libyen. Besonders alarmierend ist dabei, dass im gesamten Jahr nur 39 Abschiebungen stattgefunden haben, wie der innenpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Sebastian Wippel, anprangert. Er geht sogar so weit, die sächsische Regierung des „totalen Abschiebe-Versagens“ zu beschuldigen. Wippel fordert international verbindliche Rückübernahmeabkommen, ähnlich wie Großbritannien mit Ruanda oder die Niederlande mit Uganda, was er als Modell für Sachsen betrachtet. Denn schließlich leiste Sachsen Entwicklungshilfe für Uganda, und jetzt könne man im Gegenzug eine Gegenleistung erwarten. Weitere Hintergründe können Sie beim **Freilich Magazin** nachlesen.

Veränderungen gefordert

Die AfD will hart durchgreifen: Abschiebungen sollen nicht nur effizienter, sondern auch in beliebte Urlaubsländer wie Tunesien möglich gemacht werden. Dies könnte ein entscheidender Schritt sein, um die Kriminalitätsraten in Sachsen drastisch zu senken. Doch ob die Forderungen der AfD auch von der Regierung wahrgenommen werden, bleibt abzuwarten. Eines ist jedoch sicher: Die Bevölkerung erwartet konkrete Maßnahmen und keine leeren Versprechungen.

Debatte um Rücknahmeabkommen

Ein Rücknahmeabkommen, wie es die AfD vorschlägt, könnte tatsächlich eine Lösung für das Problem darstellen. Diese Abkommen beinhalten, dass Kriminelle zurück in ihre Herkunftsländer geschickt werden können – besonders, wenn im Gegenzug für Entwicklungshilfe eine politische Vereinbarung getroffen wird. Solche Abkommen könnten helfen, die oft langwierigen Verfahren der Abschiebung zu beschleunigen und somit den Missbrauch des deutschen Asylsystems zu reduzieren.

Während die Debatten hitzig weitergehen, bleibt die Frage: Wird die sächsische Regierung endlich ernsthaft gegen die Kriminalität der ausländischen Intensivtäter vorgehen? Oder verlieren wir weiter den Glauben an unser Rechtssystem? Wie das **Freilich Magazin auf Twitter** erwähnt, könnte eine klare und konsequente politische Linie die Wende bringen. Es bleibt also spannend, wie sich die Situation entwickeln wird!

Details	
Vorfall	Migration, Kriminalität
Ort	Dresden, Deutschland
Festnahmen	39

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de